

A vertical red line on the left side of the page, featuring two circular motifs that resemble punch holes.

# **Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019**

# **Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019**

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

## Vorwort

Im Mai 2019 werden in den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten sowie den Bezirkstagen und Regionalverbänden in Rheinland-Pfalz und im Saarland neue Parlamente gewählt. Die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sind die Orte, in denen politische Entscheidungen für die Menschen direkt und vor Ort erfahrbar sind. Bei der Wohnungssuche, beim Verkehr, bei der Bildung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen, bei den Freizeitangeboten, aber auch bei Fragen der Versorgung und der Sicherheit in unterschiedlichen Lebenslagen sind es die Kommunen, die Verantwortung tragen und Politik gestalten.

Die Situation in städtischen und ländlichen Gebieten ist dabei von erheblichen Unterschieden geprägt. Während der Wohnungsmarkt in den Städten und deren Umland überlastet ist, stehen ländliche Regionen vor der Frage, wie eine flächendeckende Versorgung mit allem, was man zum Leben braucht, noch möglich ist. Kommunalpolitik muss hier die Zusammenhänge zwischen den scheinbar völlig gegensätzlichen Problemlagen sehen und gemeinsam Lösungen entwickeln, die den Bedürfnissen der Menschen in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen gerecht werden.

Der Finanzierungsstau in den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten ist immens groß. Auf dem Altar des Schuldenabbaus wird die Substanz des Gemeinwesens – die Infrastruktur – rücksichtslos geopfert. Nicht getätigte Investitionen sind jedoch eine mindestens genauso große Belastung für zukünftige Generationen, wie es Schulden sind. Die Landes- und Bundesebene ist aufgefordert, die Kommunen schnell mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss endlich hergestellt werden. Die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sind deshalb aufgefordert, schon jetzt die verbliebenen Spielräume für Investitionen und zusätzliche Infrastrukturprogramme der Länder gezielt zu nutzen. Denn gute, innovative Verkehrskonzepte für Stadt und Land benötigen auch nutzbare Straßen und Schienen. Die Digitalisierung der Schulen darf nicht am fehlenden echten Breitbandanschluss scheitern. Wer den Wohnungsmarkt wirklich entlasten will, muss Wohnraum schaffen.

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz / Saarland bezieht Stellung und formuliert seine zentralen kommunalpolitischen Forderungen. Diese Forderungen wurden gemeinsam mit den acht Mitgliedsgewerkschaften und den lokalen Strukturen des DGB – den Kreis- und Stadtverbänden – erarbeitet. Der DGB wird diese Forderungen gegenüber den demokratischen Parteien im Vorfeld der Kommunalwahlen einbringen und die politische Diskussion einfordern. Die zentralen Forderungen beziehen sich auf die Themenfelder Mobilität für alle, bezahlbarer Wohnraum, Bildung und Betreuung sowie gute Versorgung und sicheres Leben. Die Forderungen wurden auf die kommunalpolitisch zu gestaltenden Aspekte fokussiert.

Wir wollen den Dialog mit allen kommunalpolitischen Akteuren, die eine lösungsorientierte Politik für alle Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz und im Saarland gestalten wollen. Verzichten können wir dagegen auf jene Akteure, die nur vorgeben, an der Lösung gesellschaftlicher Probleme interessiert zu sein, in Wirklichkeit jedoch die Spaltung unserer Gesellschaft im Sinn haben. Aus diesem Grund wird der DGB Rheinland-Pfalz / Saarland weiterhin keinen Dialog mit der Partei „Alternative für Deutschland“ führen.

Unsere kommunalpolitischen Forderungen betreffen Politikbereiche, in denen die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte auch bundes- und landesrechtliche Vorgaben umsetzen. Diese Vorgaben lassen aber auch einige Spielräume für Entscheidungen vor Ort. Daneben gibt es viele Bereiche, bei denen die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte ihre Entscheidungen eigenverantwortlich treffen können. Diese Entscheidungsmöglichkeiten gilt es im Sinne der Menschen in Stadt und Land mutig zu nutzen, damit Politik wieder als gestaltender Akteur wahrgenommen wird und wichtige Herausforderungen angegangen werden!

In diesem Sinne: **Stadt.Land.Fair!**

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

## Inhalt

Mobilität für alle .....	6
Bezahlbarer Wohnraum .....	7
Bildung und Betreuung .....	10
Gut versorgt und sicher leben .....	13

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

## 1 Mobilität für alle

Die Mobilitätsinfrastruktur ist ein zentraler Standortfaktor. Die Bereitstellung von Mobilität ist Daseinsvorsorge. Doch gerade in ländlichen Gebieten herrscht oftmals ein Mangel an Mobilitätsangeboten. Viele Bürgerinnen und Bürger sind deshalb auf Autos angewiesen. Doch dieser Individualverkehr verstopft wiederum die Straßen in den Städten. Der DGB will, dass Mobilität in ihrer ganzen Komplexität langfristig betrachtet wird und sich am Bedarf der Menschen orientiert. Wir brauchen Mobilität für alle und in allen Lebenslagen! Angesichts von Klimawandel, Verkehrswachstum, Verstädterung, demografischem Wandel und Ressourcenknappheit ist eine sozial- ökologische Verkehrswende notwendig. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verfolgen das Ziel, den Verkehr bis 2050 CO<sub>2</sub> - frei zu gestalten, gleichzeitig bezahlbare Mobilität in guter Qualität für alle Menschen zu ermöglichen und die Funktionsfähigkeit des Verkehrssystems für die Produktion zu erhalten. Das Verkehrssystem weiterzuentwickeln, ist eine politische Gestaltungsaufgabe, die nicht in erster Linie dem Markt überlassen werden darf.

Die kommunalpolitischen Forderungen des DGB:

### 1.1 Für eine Investitions- und Innovationsoffensive in eine moderne Mobilitätsinfrastruktur

- Notwendig sind Mobilitätskonzepte, die sich an den Verkehrsströmen orientieren statt einer Kirchturmpolitik.
- Der Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur muss abgebaut werden. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind wichtige Investitionen in die Standortattraktivität und somit ein essentieller Beitrag zum Erhalt und dem Ausbau von Beschäftigung.
- Die Potentiale der Digitalisierung und der Elektromobilität müssen verkehrsträgerübergreifend genutzt werden.
- Die Verlagerung auf CO<sub>2</sub>-arme Verkehrsträger ist der zentrale Hebel auf dem Weg zum CO<sub>2</sub>-freien Verkehr bis 2050. Daher sind auch mehr Investitionen für Erhalt und Ausbau der Schiene notwendig.
- Die Elektrifizierung der Bahnstrecken muss weiter voran getrieben werden. Ziel muss eine Quote von wenigstens 70 % sein.

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

- Verkehrskonzepte und Verkehrsträger müssen auf Grundlage einer langfristigen Strategie integrativ verbunden werden. Dabei ist auch die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken zu prüfen.

## **1.2 Für einen kostenlosen und flächendeckenden Nahverkehr in Stadt und Land**

- Langfristig soll der Nahverkehr kostenlos werden. Als Zwischenschritte dahin müssen in beiden Bundesländern landesweite Schüler\*innen- und Azubi-Tickets sowie landesweite Sozialtickets eingeführt werden. In Rheinland-Pfalz muss zusätzlich ein landesweites Semesterticket für Student\*innen eingeführt werden.
- Der Nahverkehr muss besser getaktet werden. Dazu muss der Rheinland-Pfalz-Takt weiter ausgebaut werden und eine bessere Versorgung im ländlichen Raum und eine bessere Anbindung der ländlichen Regionen an die Ballungsräume erreicht werden.
- Beschäftigte und Azubis müssen Arbeits- und Lernorte in ihrer Region auch tatsächlich erreichen können.
- Die Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte werden aufgefordert, ihren Beitrag zur Sicherheit im Nahverkehr zu leisten. Der Wettbewerb darf nicht auf Kosten der Sicherheit ausgetragen werden. Bei Ausschreibungen im ÖPNV und SPNV sind Sicherheitskonzepte zum Schutz von Fahrgästen und Beschäftigten einzufordern, vorzugeben und deren Umsetzung zu überprüfen.
- Um die dringend benötigten Fachkräfte im Nahverkehr zu gewinnen, müssen Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte bei Ausschreibungen im ÖPNV und SPNV eine verbindliche Mindestausbildungsquote für die Unternehmen einfordern.

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

## 2 Bezahlbarer Wohnraum

Wohnungsbau ist eine öffentliche Aufgabe. Vor allem in und rund um die wirtschaftlichen Zentren und Orte mit Hochschulen und Universitäten ist bezahlbarer Wohnraum knapp. Das ist für Wohnungssuchende ein Problem, erhöht aber auch den Druck auf Mieterinnen und Mieter, da sich die steigende Nachfrage auch auf bestehende Mietverhältnisse auswirkt. Der DGB will daher, dass einerseits mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird und dass andererseits Mieterinnen und Mieter wirksam geschützt werden. Wohnraumpolitik ist auch immer Stadtentwicklungspolitik. Deshalb dürfen die Auswirkungen von Entscheidungen zum Wohnraum nie die Fragen des Miteinanders im Dorf, Quartier oder Stadtteil aus dem Blick verlieren.

Die kommunalpolitischen Forderungen des DGB:

### 2.1 Mehr Wohnraum schaffen

- Die öffentliche Hand ist gefordert, mehr Anreize zum Bau bezahlbarer Wohnungen – vor allem zur Miete – zu schaffen.
- Öffentliche Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und ein nicht profitorientierter Wohnungswirtschaftssektor sind zu stärken. Die (erneute) Gründung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften durch die Gemeinden, Kreise, kreisfreien Städte muss ermöglicht und umgesetzt werden.
- Öffentlicher Baugrund darf nicht länger nach Höchstpreisen und ohne Auflagen an private Investoren verkauft werden. Soziale Kriterien, die dem Gemeinwohl dienen, sind anzuwenden. Bei der Vergabe von Baugrund ist auch Erbpacht als Alternative zum Verkauf in Betracht zu ziehen, damit der Besitz von Grund und Boden in öffentlicher Hand bleibt.
- Die Erteilung von Baugenehmigungen dauert oftmals viel zu lange. Die Personalausstattung in den für die Baugenehmigungen zuständigen Ämtern und Behörden muss spürbar verbessert werden.
- Um kurzfristig Abhilfe von der Wohnungsnot zu schaffen, müssen in Ballungsräumen leerstehende Büroflächen in Wohnungen umgewidmet werden.



# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

- Sozialwohnungen und Wohnheimplätze müssen auch für Auszubildende und Studierende geschaffen werden.
- Ein ausreichender Anteil an staatlich geförderten Wohnungen für Seniorinnen und Senioren ist bei städtebaulichen Maßnahmen zu garantieren, damit Wohnen in der vertrauten Umgebung weiter möglich ist. Bei Genehmigungsverfahren für private Wohnanlagen ist sicherzustellen, dass Wohneinheiten für unterschiedliche Einkommensgruppen bereitgehalten werden.

## **2.2 Mieterinnen und Mieter schützen**

- Soziale Brennpunkte dürfen nicht nur durch eine Wohlfahrtspolitik beruhigt werden, sondern Stadtentwicklungspolitik und Mietobergrenzen müssen das solidarische Miteinander der Menschen strukturell fördern und Gettobildung verhindern.
- Die Bemessungszeiträume der Mietspiegel sollten von vier auf zehn Jahre verlängert werden, um die Mieterinnen und Mieter wirksam vor Wucher zu schützen.
- Die Investitionsumlage für energetische Sanierungen von Wohngebäuden an die Mieterinnen und Mieter ist deutlich zu senken.
- Der DGB hält ein einklagbares Recht auf eine Sozialwohnung für notwendig.

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

## 3 Bildung und Betreuung

### 3.1 Bildung

Gute Bildung ist die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und sichert die spätere Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitswelt. Allerdings hinkt unser Bildungssystem hinter vielen gesellschaftlichen Herausforderungen hinterher. Um den Anforderungen durch soziale Ungleichheit, Migration und der sich wandelnden Arbeitswelt gerecht zu werden, bedarf es umfassender Investitionen und Korrekturen, die an vielen Stellen bereits auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können.

Die kommunalpolitischen Forderungen des DGB:

- Es bedarf einer deutlichen Erhöhung der Investitionen in das Bildungswesen. Der baulichen Zustands, die Ausstattung und Technikmüssen vielerorts dringend modernisiert werden. Gute Bildung und Betreuung setzen entsprechende Räumlichkeiten voraus. Zur Fachkräftesicherung im ländlichen Raum braucht es auch dort Kitas und Schulen von guter Qualität und Ausstattung.
- Die Personalsituation an Bildungs- und Betreuungseinrichtungen muss verbessert werden, um die Unterrichtsversorgung und eine gute Förderung aller Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten.
- Die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit schlechteren Startchancen aufgrund von Migrationshintergrund, Behinderung oder sozialem Status müssen durch inklusive Bildung in allen Bildungseinrichtungen verbessert werden. Diese Öffnung des Bildungswesens, die eine individuelle Förderung voraussetzt und eine zukünftige selbstständige Lebensführung der Betroffenen zum Ziel hat, kann nur durch eine bessere Ausstattung mit qualifiziertem Fachpersonal vor allem in Regionen mit hohem Anteil an Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit sozialer Benachteiligung erreicht werden.
- Die Möglichkeiten des Erlernen der deutschen Sprache müssen im gesamten Bildungssystem von der frühkindlichen bis zur beruflichen Bildung massiv ausgeweitet werden. Hierzu ist entsprechend geschultes Personal einzustellen und vorhandenes Personal fortzubilden. Denn die Sprache ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und berufliche Chancen.

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

- Gute Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen: Alle Menschen, die in pädagogischen oder wissenschaftlichen Einrichtungen arbeiten, müssen dauerhaft und unbefristet in tarifvertraglich gestalteten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen bei angemessenem Einkommen beschäftigt werden. Eine prekäre Lehrkräftefirewehr lehnen wir ab. Im Bereich der Weiterbildung fordern wir sichere Arbeit statt Honorarverträge bei Volkshochschulen und anderen Trägern.
- Wir stehen für eine hochwertige, kostenfreie Schul- und Kitaverpflegung für alle ein, um auch sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen eine frische, gesunde und regionale Ernährung zu ermöglichen.
- Um ihren Teil zur Integration beizutragen, fordern wir von den Unternehmen ein zusätzliches, qualitativ hochwertiges Ausbildungsplatzangebot für geflüchtete junge Menschen. Dieser Personenkreis darf nicht zu Auszubildenden und Beschäftigten zweiter Klasse werden.
- Bildung ist nicht nur formale Bildung: Gerade im ländlichen Raum sollten Angebote informeller Bildung gefördert und ausgebaut werden – sei es durch die Stärkung des Vereinslebens, den Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten oder die Eröffnung von Begegnungscafés oder anderer Orte des informellen Lernens.

## 3.2 Betreuung

Aufgrund fehlender oder nicht arbeitnehmer/-innenfreundlicher Betreuungsangebote für Kinder können viele Berufstätige ihrem Wunsch nach Kindern nicht nachgehen, oder sie müssen berufliche Nachteile in Kauf nehmen. Besonders viele Frauen sind davon betroffen und landen in unfreiwilliger Teilzeit, mit negativen Konsequenzen bis hin zur Rente. Zudem steigen die Anforderungen an die Fachkräfte in Kitas, etwa durch den Zuzug von geflüchteten Kindern. Die frühkindliche Bildung gewinnt immer stärker an Bedeutung, um der Verstärkung sozialer Ungleichheiten bereits zu einem frühen Zeitpunkt entgegenzuwirken.

Die kommunalpolitischen Forderungen des DGB:

- Die Anzahl der Betreuungsplätze muss sich spürbar erhöhen. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz in einer Kindertagesstätte muss Realität werden. Die Angebote

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

müssen wohnort- oder auch arbeitsplatznah zur Verfügung stehen, um die Inanspruchnahme praktikabel zu machen.

- Die weitgehende Gebührenfreiheit der Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz muss erhalten und ausgebaut werden. Im Saarland muss Gebührenfreiheit der Kindertagesstätten eingeführt werden.
- Bereits jetzt braucht es eine massive Erhöhung des Personals. Die Fachkraft-Kind-Relation ist gemäß wissenschaftlicher Erkenntnisse in allen Altersgruppen deutlich zu verbessern, um eine kindgerechte Betreuung zu gewährleisten, die auch in der Lage ist, Hilfestellung im Erwerb von sprachlichen, Kommunikations- und Sozialkompetenzen zu bieten. Nur ein guter Betreuungsschlüssel kann gewährleisten, dass keine reine Beaufsichtigung stattfindet, sondern eine qualitative Betreuung mit dem Anspruch der frühkindlichen Bildung. Eine bessere Fachkraft-Kind-Relation würde auch die Beschäftigten entlasten und so den gesamten Berufszweig deutlich attraktiver machen.
- Der Erzieher/-innenberuf ist entsprechend seiner unverzichtbaren gesellschaftlichen Bedeutung und seiner Anforderungen an das Personal aufzuwerten und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Eine kräftige Erhöhung der Bezahlung wäre ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung.
- Die Kommunen müssen in gut ausgebildete Fachkräfte investieren und verstärkt regelmäßige Weiterbildungen ermöglichen, die etwa den Umgang mit Kindern mit Fluchterfahrung und Sprachdefiziten vermitteln oder die Lebenswirklichkeiten im sozialen Raum thematisieren.
- Es bedarf flächendeckend einer qualitativ hochwertigen und verlässlichen Betreuung von Kindern auch nach der Einschulung in Form von Ganztageschulen. Besonders in der Betreuung am Nachmittag bedarf es gut ausgebildeter pädagogischer Fachkräfte, um die vorhandenen Zeitressourcen im Sinne der Bildung der Kinder qualitativ nutzen zu können.
- Die Öffnungszeiten von Ganztageschulen und Kitas müssen so gestaltet sein, dass beide Elternteile ihrem Beruf auch in Vollzeit nachgehen können. Unser Vorschlag sind Regelöffnungszeiten von 7 bis 17 Uhr.

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

## 4 Gut versorgt und sicher leben

### 4.1 Öffentliche Daseinsvorsorge und öffentlicher Dienst

In den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten werden viele elementare Leistungen und Strukturen organisiert und bereitgestellt: Wasser, Energie, Wärme, aber auch die öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie die Unterstützung und Versorgung in unterschiedlichsten Lebenslagen. Dafür braucht es in den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten einen leistungsfähigen und gut ausgestatteten öffentlichen Dienst, der präsent und auch finanziell handlungsfähig ist. Die politischen Akteure werden aufgefordert, sich von dem Leitbild des Sparzwangs zu verabschieden und mutig Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

Die kommunalpolitischen Forderungen des DGB:

- Öffentliche Daseinsvorsorge muss in öffentlicher Hand bleiben. Die Bereitstellung und Finanzierung der Daseinsvorsorge ist eine öffentliche Aufgabe. Privatisierungen jeglicher Art lehnen wir ab.
- Die Rekommunalisierung von bereits ausgegliederten Bereichen ist statt Neuausschreibungen vorrangig zu betreiben. Bisher hat die Privatisierung öffentlicher Leistungen nie die Erwartungen an die Verbesserung der Leistung oder die Verringerung der Kosten erfüllt. Garant für eine gute und zuverlässige öffentliche Daseinsvorsorge ist der öffentliche Dienst.
- Die Gemeinwohlorientierung muss Vorrang haben vor wirtschaftlichen Interessen. Die Entscheidung für einzelne Projekte und Vorhaben muss transparent unter Berücksichtigung von Gemeinwohlinteressen getroffen werden - und nicht unter wirtschaftlichen Effizienzgesichtspunkten von Privaten.
- Öffentliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger müssen die Verantwortung übernehmen und behalten. Wenn Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge aus den Kernhaushalten der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte ausgegliedert werden, müssen diese in öffentlicher Rechtsform organisiert werden.

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

- Öffentliche Investitionen sind über öffentliche Mittel zu finanzieren. Dies gilt auch für private Infrastrukturfinanzierungsmodelle, die mit der Privatisierung von Planungs-, Bau- und Betriebsleistungen gekoppelt werden.
- Die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte müssen zur Erledigung der Aufgaben das notwendige Personal vorhalten. Die persönliche Präsenz und tatsächliche Erreichbarkeit des öffentlichen Diensts in der Fläche muss sichergestellt sein. Für die Beschäftigten bei Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten muss Gute Arbeit ermöglicht und sichergestellt werden.
- Auch mit Blick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels muss in den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten eine strategische Personalplanung und Personalentwicklung auf der Grundlage qualifizierter Alterstrukturanalysen erfolgen. Eine Maßnahme gegen die schon bestehenden Schwierigkeiten der öffentlichen Hand, qualifiziertes Personal für vakante Stellen zu finden, ist die spürbare Aufstockung der Ausbildungskapazitäten – vor allem auch in kommunalen Eigenbetrieben und kommunalen Unternehmen.
- Die Kommunen leisten ihren Beitrag zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung. Der kommunale Ordnungsdienst darf die Polizei nicht ersetzen, sondern soll ihn ergänzen. Die Aufgabenverteilung zwischen Polizei und kommunalem Ordnungsdienst in Stadt und Land müssen sich sinnvoll unterscheiden.  
In den Oberzentren muss über die normalen Bürozeiten hinaus Personal der Ordnungsverwaltung präsent sein. In den Verbandsgemeinden muss sichergestellt sein, dass qualifiziertes Personal partnerschaftlich mit der Polizei zusammenarbeitet. Kommunale Polizeibeiräte – gemeinsam mit der örtlich zuständigen Polizeiinspektion – können eine sinnvolle Unterstützung für eine effiziente Zusammenarbeit sein.
- Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung schreitet immer weiter voran. Bei diesem Prozess müssen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst einbezogen werden, um deren Ängste und Vorbehalte abzubauen, aber auch um das Wissen und die Erfahrung der Beschäftigten für den digitalisierten öffentlichen Dienst nutzbar zu machen. Diese Beteiligung muss über die im Landespersonalvertretungsgesetz geregelte Mitbestimmung hinaus gehen.
- Viele Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte leben aktuell von ihrer Substanz, die Spuren sind zunehmend sichtbar. Der Bedarf zusätzlicher öffentlicher Investitionen ist

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

weitgehend unstrittig. Trotzdem steigt der Investitionsstau weiter an. Der Investitionsstau muss endlich angegangen werden, damit die Infrastruktur nicht weiter verfällt.

- Bei der Vergabe von Aufträgen müssen die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten für soziale und ökologische Kriterien bei der Auswahlentscheidung offensiv nutzen. Mit öffentlichem Geld darf nur Gute Arbeit finanziert werden.
- Öffentliche Zuwendungen dürfen nur an solche Träger bewilligt werden, die den Kriterien Guter Arbeit genügen.

## 4.2 Gesundheit

Damit unser Gesundheitssystem auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung und für jeden Menschen den gleichen Zugang zu den notwendigen Leistungen ermöglicht, ist ein Ausbau der integrierten Versorgung, der Gesundheitsförderung und Prävention aber auch der Ausbau der solidarischen Finanzierung erforderlich.

Die kommunalpolitischen Forderungen des DGB:

- Die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte müssen für ein transparentes Gesundheitswesen sorgen. Unter öffentlicher Verantwortung und mit gut organisierter Versorgung kann Über-, Fehl- und Unterversorgung in einzelnen Regionen reduziert sowie eine bedarfsgerechte und zugleich wirtschaftliche Versorgung der Patienten sichergestellt werden. Dazu ist auch eine bessere Finanzierung und umfassende Modernisierung der Krankenhäuser notwendig.
- Eine höhere Qualität in der ambulanten und der stationären Versorgung und gleichzeitig ein engmaschiges Versorgungsnetz sind notwendig, um Patienten bestmöglich zu versorgen. Eine Fortentwicklung der digitalen Gesundheitsversorgung kann gerade in ländlichen Kommunen zu einer Verbesserung der Versorgung beitragen.
- Wir brauchen mehr Personal in der gesundheitlichen Versorgung, das tarifvertraglich entlohnt wird und über seine Arbeitsbeziehungen mitbestimmt. Dazu gehören

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

- insbesondere an dem tatsächlichen Bedarf der Patientinnen und Patienten bemessene gesetzliche Personalvorgaben für die Versorgung im Krankenhaus.
- Die Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung sowie die Einrichtung von medizinischen Versorgungszentren ist dringend notwendig. Dies kann dem Problem der drohenden Unterversorgung in strukturschwachen Gebieten schnell und qualifiziert begegnen und Krankenhausleistungen in ein System integrierter Versorgung einbinden. Lange Wege und Wartezeiten können damit vermieden werden.
  - Eine ausreichende haus- und fachärztliche Versorgung muss auf dem Land ebenso gewährleistet sein, wie wohnortnahe Apotheken. Um Ärzte für strukturschwache Gebiete oder sozial benachteiligte Stadtviertel zu gewinnen, ist eine bessere Verteilung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte notwendig. Wir befürworten Honorarabschläge für niedergelassene Ärzte in den Regionen, in denen es ein Überangebot gibt. Hier müssen die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte auf die Kassenärztliche Vereinigung einwirken.
  - Scheiden Ärztinnen und Ärzte aus dem Erwerbsleben aus, muss für die Einarbeitungszeit der Nachfolge eine Mehrfachbesetzung in den Praxen möglich sein. Hier sollte die Kassenärztliche Vereinigung nicht auf eine Überversorgung beharren, sondern erkennen, dass diese nur vorübergehend ist und ihre Zulassungspraxis vorausschauend gestalten. Auch hier müssen die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte auf die Kassenärztliche Vereinigung einwirken.
  - Prävention und Gesundheitsförderung soll auf der lokalen Ebene ausgebaut werden. Die gesundheitlichen Belastungen müssen gesenkt, die gesundheitsfördernden Aspekte von Arbeit ausgebaut und Krankheiten verhütet werden. Wichtig bei der Gesundheitsförderung ist, altersgerechte und geschlechtersensible Angebote zu machen.
  - Die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen sich für ein Bürgerversicherungsmodell mit den bewährten Prinzipien Sachleistung, Solidarität und Selbstverwaltung aussprechen. Der Übergang zur Bürgerversicherung ist so zu gestalten, dass dies nicht zu Lasten der Beschäftigten der privaten Krankenversicherungsunternehmen geht, sondern für diese zukunftsfeste Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Für Beamtinnen und Beamte sowie Dienstordnungsangestellte dürfen daraus keine finanziellen Mehrbelastungen erwachsen.



# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

## 4.3 Pflege

Eines ist klar: Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird steigen. Leider trifft der erhöhte Betreuungs- und Pflegebedarf auf einen bestehenden Pflegepersonalmangel. Diese Situation kann auf Dauer nicht gutgehen und stellt eine große Herausforderung für Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte dar. Ihre Aufgabe ist es, sich auch in Zukunft für die Verbesserung der Leistungen für pflegebedürftige Menschen und pflegende Angehörige sowie bessere Rahmenbedingungen beruflich Pflegender einzusetzen.

Die kommunalpolitischen Forderungen des DGB:

- Pflegeberatung aus einer Hand, die auf Wunsch auch in der häuslichen Umgebung der Pflegebedürftigen berät und außerdem qualifiziert ist, sämtliche Fragen rund um die Pflege zu beantworten und von der Antragstellung bis zur Bewilligung unterstützend zur Seite steht.
- Überprüfung der Verwaltungsstrukturen mit dem Ziel, sie effizienter und anwendungsfreundlicher zu gestalten, damit Pflegenden möglichst viel Zeit für die Pflege, die Berufstätigkeit und die Regeneration verbleibt.
- Stärkung der ambulanten Pflege, damit die Menschen, so lange wie möglich selbstbestimmt in der gewohnten Umgebung leben und aktiv sein können. Pflege im Quartier ist vor allem aus Sicht der Betroffenen wünschenswert und sinnvoll, setzt aber eine verbesserte Zusammenarbeit nicht nur zwischen Pflegekassen und Kommunen, sondern zwischen allen Entscheidungs- und Leistungsträgern voraus.
- Sicherstellung eines flächendeckenden, ausreichenden und attraktiven Angebots an bedarfsgerechten Plätzen in der Tages- und Kurzzeitpflege. Wenn keine entsprechenden Angebote durch Träger der frei-gemeinnützigen Wohlfahrtspflege vorhanden, muss die Bereitstellung durch die öffentliche Hand Vorrang vor der Leistungserbringung durch private Unternehmen haben.
- Pflege und die Belastung pflegender Angehöriger stärker zu thematisieren und Ideen zu entwickeln, damit die Begleitung im letzten Lebensabschnitt nicht in ungewollter Isolation stattfindet.
- Den Pflegepersonalmangel auch auf der kommunalen Ebene beseitigen! Die Attraktivität und die gesellschaftliche Wertschätzung der Pflegeberufe muss durch bessere

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

Rahmenbedingungen erhöht werden, um den Personal- und Fachkräftemangel im Pflegesektor zu verhindern und dabei verstärkt auch Männer für pflegerische Berufe zu gewinnen. Die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte müssen verstärkt in die schulische Erstausbildung von Pflegekräften investieren.

- Eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf herstellen. Dazu sind Unterstützungsangebote für Beschäftigte praktikabel weiterzuentwickeln: Die bürokratischen Anforderungen sind so gering wie möglich zu halten und offen damit umzugehen, dass die Pflege eines Angehörigen mit enormen physischen und psychischen Belastungen verbunden ist. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern dafür eine sechsmonatige bezahlte Freistellung für pflegende Angehörige, die als Lohnersatzleistung ausgestaltet ist und sich an der Höhe des Elterngeldes orientiert. Dabei ist es wichtig, dass eine gerechte Verteilung der Pflegeaufgaben zwischen den Geschlechtern gefördert wird.
- Die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sorgen gemeinsam mit anderen Akteuren dafür, dass professionelle Pflegedienste Leistungen auf der Basis sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung anbieten. Dabei muss eine tarifvertragliche Entlohnung Standard sein. Der „Mindestlohn-Pflege“ ist dabei die unterste Haltelinie. Es darf keine Förderung prekärer Beschäftigung oder Scheinselbständigkeit in der Pflege geben.
- Die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte unterstützen die Umwandlung der heute teilfinanzierten Pflegeversicherung zu einer Pflegevollversicherung.

## 4.4 Teilhabe durch hochwertige soziale Infrastruktur

Jeder kann in die Situation kommen, dass das Schicksal ein Bein stellt und man auf Unterstützung angewiesen ist. Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte müssen Lebensrisiken deshalb umfassend absichern und qualitativ gute soziale Dienstleistungen in einer hochwertigen Infrastruktur bereitstellen.

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

Die kommunalpolitischen Forderungen des DGB:

- Die Ausgaben für soziale Leistungen, Dienstleistungen und soziale Infrastruktur sind zu steigern. Dazu gehört die dauerhafte Finanzierung von Notunterkünften wie z. B. Frauenhäuser und Beratungsstellen für Opfer von häuslicher Gewalt.
- Das Ehrenamt muss weiter gestärkt werden. Sehr viele Menschen engagieren sich in den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten über alle Altersgruppen hinweg und in so unterschiedlichen Bereichen wie Sport, Hilfs- und Rettungsdiensten, generationenübergreifenden Projekten, Umwelt- und Naturschutz, Kultur oder sozialem und politischem Engagement sowie der Flüchtlingshilfe. Dieses Engagement ist ein elementarer Pfeiler unseres Zusammenlebens und muss entsprechend gefördert werden.
- Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen Informationen, um sozial und ökologisch verantwortliche Konsumententscheidungen treffen zu können. Die Verbraucherschutzzentralen müssen in ihrer Arbeit unterstützt werden.
- Theater, Volkshochschulangebote, öffentliche Bibliotheken, Schwimmbäder und andere öffentliche Angebote tragen wesentlich zur Lebensqualität bei. Insbesondere im ländlichen Raum sind diese zu erhalten und auszubauen.
- Die Integration älterer Menschen in generationenübergreifenden Wohnmodellen soll von den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten, vorzugsweise in eigener Trägerschaft, gefördert und unterstützt werden.
- Die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sorgen für eine humane, an den Bedürfnissen und Bedarfen ausgerichtete Palliativ- und Hospizversorgung.
- Barrierefreiheit ist Voraussetzung für eine größtmögliche Teilhabe am sozialen Leben. Der Zugang zu Dienstleistungen und Angeboten ist barrierefrei sicherzustellen. Neben digitalen Angeboten müssen Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte auch analoge Angebote zur Verfügung stellen.

## 4.5 Sonntagsschutz

Die Öffnung von Verkaufsstellen an Sonntagen muss die Ausnahme bleiben. Leider ist die Realität eine andere. Sonntagsöffnungen haben in den letzten Jahren massiv zugenommen. Die erhofften Umsatzsteigerungen im Einzelhandel sind jedoch nicht eingetreten.

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

Sonntagsöffnungen haben konkrete Einschränkungen für die Beschäftigten im Einzelhandel und deren Familien zur Folge. Aber auch für das ehrenamtliche Engagement dieser Personen sind Sonntagsöffnungen problematisch.

Der DGB tritt entschieden gegen die weitere schleichende Umwandlung des Sonntags in einen Werktag ein, der auf lange Sicht nicht nur für die Beschäftigten im Einzelhandel, sondern für die Beschäftigten in allen Branchen negative Folgen haben wird und fordert die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte auf, den Sonntagsschutz sicherzustellen.

Die kommunalpolitischen Forderungen des DGB:

- Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Sonntagsöffnungen. Ob und in welchem Umfang Sonntagsöffnungen zugelassen werden, ist eine politische Entscheidung der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte. Diese Entscheidung muss daher auch von politisch Verantwortlichen getroffen werden.
- Die kommunalen Genehmigungsbehörden werden aufgefordert, die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben zum Sonntagsschutz bei den Genehmigungsverfahren mit der gebotenen Sorgfalt sicherzustellen. Insbesondere die vorzunehmende Grundrechtsabwägung hat in ausreichender Tiefe zu erfolgen und ist bereits im Anhörungsverfahren vorzulegen.
- Rechtsverordnungen über eine Sonntagsöffnung dürfen erst nach Prüfung durch die Kommunalaufsicht erlassen werden dürfen.
- Die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen die Einhaltung der konkreten rechtlichen Vorgaben bei einer genehmigten Sonntagsöffnung – insbesondere der Schutzbestimmungen für die Beschäftigten – auch selbst vor Ort überprüfen. Mit der kommunalen Rechtsverordnung genehmigte Ausnahmen von den Schutzbestimmungen zu Lasten der Beschäftigten sind in jedem Einzelfall zu prüfen.
- Die Freizeitabgeltung für Arbeiten im Zuge von sonntäglichen Ladenöffnungen muss stärker den tatsächlichen Einschränkungen der Betroffenen und ihrer Familien gerecht werden. Unabhängig von der zeitlichen Länge der Sonntagsarbeit soll zumindest eine Freistellung von einem ganzen, bezahlten Arbeitstag, unmittelbar vor oder nach einem Sonntag oder gesetzlichen Feiertag gewährt werden müssen.

# Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zu den Kommunalwahlen 2019

## **Impressum**

Herausgeber:

DGB Rheinland-Pfalz / Saarland

Kaiserstraße 26-30

55116 Mainz

[www.rheinland-pfalz-saarland.dgb.de](http://www.rheinland-pfalz-saarland.dgb.de)

verantwortlich: Dietmar Muscheid

Rückfragen an:

Marc Ferder

06131-2816-32

[marc.ferder@dgb.de](mailto:marc.ferder@dgb.de)



